

Arbeitsorganisations, befaßte sich mit der Faltung des fleißigen Schuhschneiders...
Eingabe der... um Gewährung einer allgemeinen Teuerungszulage an die Schuharbeiter, einnimmt.

Aus dem eingehenden Berichte des Vorsitzenden des Zentralverbandes der Schuhmacher J. Feldmüller und den ergänzenden Ausführungen des Vorsitzenden des christlichen Lederarbeiterverbandes J. Guberan ist zu entnehmen, daß der Fabrikantenverein den Standpunkt vertritt, "seine Mitglieder hätten die Wochenverdienste der Arbeiter durch Lohnerhöhungen und Teuerungszulagen schon soweit erhöht, daß er einer allgemeinen Teuerungszulage nicht näher treten könne, sondern es jedem einzelnen seiner Mitglieder vollständig freilassen müßte, ob und inwieweit sie ihren Arbeitern noch solche Zulagen gewähren wollten.

Sonderbarerweise vertritt der Fabrikantenverein die Ansicht, daß es sich in dieser Frage nur um "freiwillige Unterstufungen der Arbeiter" handelt. Der Fabrikantenverein hat den Organisationen trotz wiederholtem Verlangen eine mündliche Aussprache zwischen den beteiligten Körperschaften strikte abgelehnt und auch die endlich durch die Zentralvorstände herbeigeführte Verhandlung hiesig so gut wie erfolglos. Eine allgemeine Teuerungszulage wird in Pirnaßens nur in zwei Betrieben gewährt (Firma Kopp und Firma R. Semler) und auch hier pro Woche nur eine Mark, während eine kleine Anzahl Betriebe einer Anzahl Arbeiter bis 2 und 3 Mk., andere Betriebe nur an vereinzelte Arbeiter und ein großer Teil überhaupt keine Teuerungszulage gibt. Eine einheitliche Regelung lehnte der Fabrikantenverein ab.

Die Versammlung nahm einstimmig folgende Entschlieung an:

„Die am 3. April 1916 im Restaurant „Metropol“ tagende gemeinschaftliche Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands, des Zentralverbandes der christlichen Lederarbeiter Deutschlands, des Gewerkschaftsvereins der Lederarbeiter Deutschlands (Kirchhändler), Jährlichen Pirnaßens, nimmt Kenntnis von dem Berichte ihrer Vertreter über die stattgehabten Verhandlungen mit dem Fabrikantenverein, bezüglich der Eingabe um Gewährung einer Teuerungszulage an die Arbeiter der Schuhindustrie. Die Versammlung erklärt, daß die von dem Fabrikantenverein gemachten Zugeständnisse als ungenügend zu erachten sind.

Die Versammlung bedauert, daß infolge des Widerstandes des Fabrikantenvereins eine gemeinschaftliche Verhandlung zwischen den betriebl. Verbänden über die Wünsche der Arbeiterschaft unmöglich gemacht und dadurch einer Verständigung ausgehoben wurde. Die Versammlung erblickt in diesem Verhalten einen Mangel des guten Willens, den Arbeitern in dieser Frage entgegenkommen zu wollen. Die Versammlung kann sich mit der Art der Regelung der Teuerungszulage durch den Fabrikantenverein, welche die Wünsche der Arbeiterschaft völlig außer Betracht läßt, nicht befriedigen, da auf die beliebte Weise nur der kleinere Teil solche Zulagen erhält, während der größte Teil gerade der Bedürftigsten ohne Berücksichtigung bleibt. Die Versammlung ist der Meinung, daß die Teuerung eine allgemeine ist und alle Arbeiter gleich trifft und hätte auch die Gewährung einer Teuerungszulage allen Arbeitern zukommen sollen. In den Fällen, wo es sich um verhältnismäßig hohe Löhne handelt, hätte eine Grenze festgesetzt und auch bei Weiblichen, Ledigen und Jungelichen durch Staffelung den Umständen Rechnung getragen werden können.

Die Versammlung spricht die Erwartung aus, daß in Anbetracht der sehr bedeutenden Steigerung der Lebensmittelpreise doch mindestens vom Fabrikantenverein an alle verheirateten Arbeiter, die unter 36 Mk. Wochenverdienst haben, eine Teuerungszulage von 3 Mk. pro Woche gewährt wird. In bezug auf die seit Kriegsausbruch eingetretene Verteuerung der Futuritäten hält die Versammlung für dringend notwendig, daß den Arbeitern und Arbeiterinnen die hierdurch herbeigeführten Mehrausgaben ersetzt werden. Die Versammlung erblickt in den bedeutenden Mehrausgaben für Futuritäten eine indirekte Lohnreduktion und hält es für selbstverständlich, daß den Altkordarbeitern und Altkordarbeiterinnen die Altkordlöhne um den Betrag erhöht werden, als die Verteuerung der Futuritäten ausmacht, oder in Form einer Zulage für die Dauer der Teuerung in entsprechender Weise ersetzt werden, in Fällen, in denen sie nicht von den Firmen zu den Preisen wie sie vor dem Kriege standen, abgegeben werden.

Die Versammlung nimmt Kenntnis von der Frage des Fabrikantenvereins, die Futuritätenfrage in diesem Sinne zu behandeln und erwartet, daß sie auch allgemein anerkannt und durchgeführt wird.“

Teuerungszulagen im Dresdener Schuhmachergewerbe.

Die Dresdener Jahreshilfe des Schuhmacherverbandes verlangte in einer Eingabe an die Schuhmacherrinnung zu Dresden die Gewährung einer Lohnaufbesserung an alle Gehilfen in Form einer Teuerungszulage. Die Eingabe wurde hauptsächlich mit der enormen Steigerung der Lebensmittelpreise begründet. Die Schuhmacherrinnung konnte sich den Gründen nicht verschließen. Sie erkannte die Forderung an und beschloß in ihrer letzten Innungsversammlung die Gewährung einer Kriegsteuerungszulage in einer Höhe von 10 Prozent zu den seit 1914 bestehenden vereinbarten Löhnen. Die Zulage trat bereits am 1. April in Kraft.

„Ueberbietung festgesetzter Lohnstarife.“

Unter dieser Ueberschrift wird dem Berliner „Schuhmachermeister“ geschrieben:

„In den Kreisen der feineren Schuhmachergeschäfte Berlins macht das Vorgehen der Firma Robert Mäschle, Zimmerstraße 21, unliebsames Aufsehen. Der Arbeitgeberverband des Vereins Berliner Maßschuhmacher bewilligte in voller Würdigung der wirtschaftlichen Gesamtlage seinen Arbeitern trotz bestehender Tarifverträge einen Kriegszuschlag von 10 Prozent. Die Firma Robert Mäschle aber fand es für richtig, aus dem Verbandsauszutreten, und suchte durch privates Einwirken und durch Anzeigen in Zeitungen die Gesellen seinen Kollegen Angelegenheiten zu machen, indem sie einen Lohnzuschlag von 20 Prozent in Aussicht stellt. Einige Inhaber von Schuhmachergeschäften, welche bestrahlt sind, ihren Kunden das Schuhwerk nicht über Gebühr zu verteuern, sind durch das unkollegiale Verhalten der genannten Firma besonders hart betroffen.

Unter Außerachtlassung des bisherigen gemeinsamen Zusammenwirkens des Verbandes bereitet die Lohnüberbietung eines einzelnen den anderen Kollegen Unannehmlichkeiten, indem er nur sein eigenstes Interesse in den Vordergrund stellt. In der jetzigen schweren Zeit hat jeder Betrieb unter dem Mangel an Arbeitern zu leiden, und ist unter diesen Umständen die Taktik der Firma Robert Mäschle um so mehr zu mißbilligen.

Das „unliebsame Aufsehen“ finden wir völlig ungerechtfertigt. Bei Tarifverträgen und Lohnvereinbarungen handelt es sich immer um Minimallöhne, unter die mit dem Lohn nicht herabgegangen werden darf. Die Arbeiter haben noch nie Maximal- oder Höchstlöhne, über die nicht hinausgegangen werden dürfte, verlangt, also auch keine Normal- oder Einheitslöhne. Und wenn sie einmal solche verlangen würden, würde niemand schärfere Opposition dagegen machen, als die Schuhmachermeister und Schuhfabrikanten, die nicht wollen, daß der tüchtigere Arbeiter nicht mehr verdient als der weniger Tüchtige. Wir können uns damit durchaus ebenfalls einverstanden erklären, aber nur in dem Sinne, daß der Ausgleich nach oben gesucht wird, durch höhere Löhne für die tüchtigeren Arbeiter, nicht aber nach unten, durch Lohnrückerei für die weniger tüchtigen Arbeiter. Für diese sollen unter allen Umständen wenigstens die Minimallöhne als Existenzminimum gelten, unter das nicht gegangen werden darf und daß diese Arbeiter auch verdienen. Mit ihrer Arbeit verdienen sie sich gewiß das Recht zum Leben.

Warum also das „unliebsame Aufsehen“ in Berlin? Es ist unbegründet und überflüssig.

Die ungarische Schuhfabrik „Turul“ in Temesvar als Goldquelle.

Die „Turul“ ist seit Jahren für ihre Aktionäre eine reiche unerschöpfliche Goldgrube, die von den Arbeitern und Konsumenten genährt wird. Unserem ungarischen Bruderblatt, dem Budapest „Globe“, entnehmen wir, daß die „Turul“ im Jahre 1915 einen Reingewinn von 1 562 545 Kr. hatte, was 53 Prozent des eingeleiteten Aktienkapitals ausmachte. Im Jahre 1914 hatte sie einen Reingewinn von 788 876 Kr., der sich also im Jahre 1915 verdoppelte. Dieser 50prozent. Mehrgewinn stammt aus der Ausnutzung der günstigen Konjunktur des Krieges. Lind hier sei gleich festgestellt, daß die unter solchen günstigen Umständen produzierende Fabrik die Löhne der Arbeiter nicht im Verhältnis zu der bestehenden Teuerung brachte, sondern erst am Schluß des Jahres großmütig an „Remunerationen“ für die Arbeiter dachte, als ob sie damit ihr schlechtes und sie drückendes Gewissen einigermaßen beruhigen wollte.

Mit 2 182 291,81 Kr. Gewinn schließt das Unternehmen im Jahre 1915 ab. Davon machte sie riesige Abschreibungen zugunsten ihrer Reserven. 275 169 Kronen fungieren in der Bilanz vom Jahre 1914 für die Einrichtungen ihrer Zweiggeschäfte, im Jahre 1915 aber nur 10 000 Kr., was bei diesem Posten allein eine Abschreibung von 265 169 Kr. vom Reingewinn bedeutet.

Trotz aller erdenklichen Abschreibungen weist also die Fabrik noch immer einen Reingewinn von 1 1/2 Millionen aus. „Und davon gibt die Fabrik den Arbeitern Remunerationen. Die Aktionäre erhalten 15 Prozent; die Direktion 10 Prozent und auch die Agenten erhielten eine Remuneration. Diesmal bekamen aber auch die Arbeiter so etwas wie eine „Remuneration“... Und dieses freundliche Ereignis wurde den Arbeitern in Würdigung der außerordentlichen Verhältnisse bekanntgegeben. Diese „Spezialzulage“ — wie sich die Fabrikleitung direkt ausdrückt — beträgt stufenweise nach in der Fabrik verbrachten Arbeitsjahren bedrückt, 1—5 Prozent des Jahresverdienstes rückwirkend bis zum Jahre 1911 und ist — wie ausdrücklich betont wird — eine außergewöhnliche und ganz freiwillige Zulage, aus der der Fabrik für die Zukunft „keinerlei Verpflichtungen“ entstehen können. Es hängt ausschließlich von dem freien Ermessen der Fabrikleitung ab, ob sie in künftigen Jahren noch einmal so gut sein wird oder nicht.

Sollen wir nun in recht derber Weise sagen, daß die Arbeiter sich ihr Leben nicht nach Gutdünken und Wohlwollen der Fabrikanten und Aktionäre einrichten können, daß sie keine „außerordentlichen“ und „freiwilligen Zulagen“ haben wollen, sondern einen ständigen Lohn

haben müssen, von dem sie wie Menschen leben können? Diese „Zulage“ als Entschonungsform muß zurückgewiesen werden. Keine Almosen, keine Zulagen, keine Prämien, keine Provisionen und keine Remunerationen! Inständige Löhne und entsprechende kurze Arbeitszeit will der Arbeiter.“

Eine sehr gute gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter der „Turul“ hätte jetzt günstige Gelegenheit, die unbefriedigenden Arbeitsbedingungen in dieser Fabrik wesentlich zu verbessern. Aber man muß eben organisiert sein.

Die Organisation war es denn auch, die den Arbeitern der Firma Miltenyi in Nagyszilasy zu einer Teuerungszulage verhalf. Es müßte eben etwas, wenn man organisiert ist.

Zum 70. Geburtstag Wilhelm Bock.

In vollster geistiger und körperlicher Frische begeht unser Kollege und Genosse Wilhelm Bock am 28. April seinen 70. Geburtstag und viele Tausende in allen Teilen Deutschlands wie auch im Auslande werden an diesem Tage seiner mit warmer Sympathie gedenken.

Im Arbeiter-Motivkalendar, der die Bilder der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten enthält, also auch das unseres Geburtstagskindes, werden über dieses folgende biographische Mitteilungen gemacht:

Wilhelm Bock, geboren am 28. April 1846 zu Großbreitenbach in Schwarzburg-Sondershausen besuchte die Volksschule und lernte in Arnstadt i. Th. das Schuhmacherhandwerk; ging nach vierjähriger Lehrzeit in die Fremde, arbeitete in Magdeburg und Hamburg, wo er sich der Arbeiterbewegung anschloß und nun der Partei seit 1867 angehört. Nach fünfjährigem Aufenthalt in Hamburg ließ er sich in Gotha nieder, beteiligte sich hervorragend an gewerkschaftlichem Gebiet, gründete 1875 das Schuhmachersachblatt „Der Bedner“ und nach dessen sozialistengesetzlichem Verbot im Jahre 1878 den „Schuhmacher“, 1883 gründete er den Unterstützungsverein deutscher Schuhmacher und zur Zeit ist er Redakteur des „Schuhmacher-Sachblatt“. In vier Prozessen erlitt er drei Verurteilungen mit zusammen 5 1/2 Monaten Gefängnis. Er war Mitglied des Reichstags von 1884 bis 1887 für Gotha; war 1890 in der Nachwahl für Bollmar in Magdeburg und ist seither mit Ausnahme einer Legislaturperiode immer in Gotha gewählt worden.

Wilhelm Bock gehört also nicht nur seinem Lebensalter nach zu den Veteranen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung Deutschlands, sondern auch seinem Dienstalter nach, das er dieser widmete. Als jugendlicher Proletarier stand er mit an der Wiege der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung. In den Reihen der Eisenacher, denen er sich angeschlossen, erlebte er die jahrelangen Bruderkämpfe mit den Lassallianern und zwar in der Partei wie in der Gemerkenschaft. Er arbeitete aber auch ehrlich mit an der Einigung der deutschen Arbeiter, die er auf dem Einigungskongreß 1875 in Gotha mitbegründete. Er hatte die Ehre, den Kongreß zu eröffnen und bis zur definitiven Wahl des Bureaus zu leiten. „Geiß (als einer der Präzidenten) stattete Bock den Dank der Versammlung ab für dessen gute Führung der Verhandlungen und stimmt die Versammlung dem beifällig zu“, heißt es im Protokoll des Gothaer Kongresses. Und Bebel sagt im 2. Band seiner Erinnerungen: „Die Versammlung eröffnete W. Bock, Gotha im Namen des Lokalkomitees und begrüßte die Anwesenden. Bock war einer der Mitbegründer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Eisenach und nun legte er zum zweiten Male mit Hand ans Werk zur Gründung der neuen, größten Partei.“

Seinen politischen Hauptwirkungskreis fand Bock im Herzogtum Gotha und dem übrigen Thüringen. Unter den schwierigsten Verhältnissen begann und betrieb er hier seine unermüdbare, aber auch überaus erfolgreiche Agitation; er, der arme Fabrikarbeiter für die Partei der Armen, mit Entbehrungen und Opfern aller Art. Es gelang ihm, sich das Vertrauen der weitesten Volksschicht, der Arbeiter wie der Bauern, der kleinen Handwerksmeister wie der kleinen Angestellten und Beamten zu erwerben und mit der umfangreichen mündlichen und schriftlichen Patenteilung an alle Bedrängten und Hilfsuchenden, Eingaben an die Behörden usw. war er einer der ersten Vorläufer der später an so vielen Orten, auch in Gotha, angestellten Arbeitersekretäre. Der „Bettler Wilhelm“ war und ist im Herzogtum Gotha der populärste Mann, wovon man sich am Besten auf dem Lande inmitten seiner proletarischen Bevölkerung selbst überzeugen kann. So erhielt er denn auch schon bei seiner erstmaligen Reichstagskandidatur im Jahre 1877 6700 Stimmen, mit denen er in die Stichwahl kam, aber unterlag. Erst 7 Jahre später, 1884, wurde er das erste Mal in den Reichstag gewählt.

Eine für das ganze Herzogtum Gotha äußerst nützliche und fruchtbar Tätigkeit entfaltet Genosse Bock seit 1892 im Landtag. 1906 wurde er als dessen Vizepräsident Mitglied des Verwaltungsgerichtshofes. Er erledigte mit seinen Genossen die finanzielle Unterstützung des Gothaer Arbeitersekretariats, die Einführung der Volksaufstellungen zum Einheitspreis von 40 Pfg. im Hoftheater, die Berücksichtigung der Arbeiterinteressen auf allen Gebieten der Gesetzgebung und Verwaltung, wobei die andern sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten allezeit treue und gute Mitarbeiter waren. Der größte Erfolg Bocks und der andern Genossen im Landtag war die Auseinandersetzung mit dem Herzog über die Domänen, wozu das ganze Land aus

Für unsere weiblichen Mitglieder.

Ostergedanken.

Während die Menschen noch in dem gigantischen Verachtungswert begriffen sind, das die Erde je gesehen hat und ein Leben weniger wiegt als eine Flaumfeder, während die einst viel gepriesenen Nationalreichthümer sich in Form von Gaswölken in den Aether verlieren oder als glühende Sprengtrümmer in die geduldige Erde bohren, hebt in eben dieser Erde wieder der große, gewaltige Schöpfungsgott an, den wir Frühling nennen.

Dem Zerstörungswillen, der die vernunftbegabten Wesen auf der Erde ergriffen hat, setzt die vernunftlose Natur, ihrer alten Gewöhnung folgend, das große Neuschaffen entgegen, und der über die Erde dahinschweifende Tod kann es nicht hindern, daß unter der Erde quellende, drängende, lichtungrige Leben in unaghligen Formen und Arten gebildet und hinaufstrebt zur ewig wärmenden Sonne, in deren goldigem Schein das bellagende Geschlecht der Menschen sich blutig zerfleischt.

Wir wissen nun zwar von Darwin und anderen Forschern, daß auch Mutter Natur keineswegs nur die harmlose und allgütige ist, und daß sowohl im Tier- wie Pflanzenreiche von den höchsten bis zu den niedersten Wesen ein endender Kampf ums Dasein tobt, wenn auch weniger gekämpft als auf den Schlachtfeldern der Menschheit. In der Pflanzenwelt wird, so sagen uns die Forscher, überall das schwächere Individuum von den stärkeren verdrängt und unterdrückt. Und niemandem ist es ein Geheimnis, daß der Habicht die Taube, die Rage den Kanarienvogel oder die Nachtigall frißt, ja, selbst die kaum sichtbare Staublaus in alten Papieren hat noch ihren todbringenden Feind in dem winzigen Käferstorpion.

Auf diesem allgemeinen Kampf ums Dasein fußend, haben gelehrte Anhänger alles dessen was ist, denn auch die Fortschrittlichkeit und „Naturnotwendigkeit“ der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung zu beweisen geglaubt und die sozialistische Theorie als unvereinbar mit den Gesetzen der Natur bezeichnet. Denn diese Gesetze seien aristokratisch und gelten darauf hin, daß das höhere organisierte und stärkere Lebewesen das niedrigere und schwächere unterdrücke. Und was auf das innerstaatliche Leben zutrefte, so meinten andere, das gelte ebenso im Kampfe der Nationen untereinander. So gesehen, sei eben auch der Krieg ein Kampf ums Dasein der Völker und mithin eine „Naturerziehung“, also — und darauf kommt es uns an — unvermeidlich.

August Bebel hat in bezug auf die erstere Gruppe der Darwinianer gesagt, sie habe keine Ahnung von den wirtschaftlichen Gesetzen, welche die bürgerliche Gesellschaft beherrschen, „deren blinde Herrschaft weder den Besten, noch den Geschicktesten, noch den Tüchtigsten auf die gesellschaftliche Höhe erhebt, oft aber den Geriebtesten und Verdorbensten, und diesen in die Lage setzt, die Daseins- und Entwicklungsbedingungen für seine Nachkommen zu den angenehmen zu machen, ohne daß diese dafür einen Finger zu krümmen brauchen.“ Bebel begründet das näher und sagt dann: „Dieser Kampf ums Dasein ist auch in der Menschheit, unter den Gliedern jeder Gesellschaft vorhanden, in der die Solidarität ver schwand oder noch nicht zu Geltung kam... Über diese Kämpfe führen — und darin unterscheiden sich die Menschen von allen anderen Wesen — zu immer härterer Einsicht in das Wesen der Gesellschaft und schließlich zur Erkenntnis der Gesetze, welche ihre Entwicklung beherrschen und bedingen. Schließlich haben die Menschen nur nötig, diese Erkenntnis auf ihre politischen und sozialen Einrichtungen einzuwenden und diese entsprechend umzuformen. Der Unterschied zwischen Mensch und Tier ist also, daß der Mensch ein denkendes Tier genannt werden kann, das Tier aber „kein denkender Mensch ist“.

Mit diesen Ausführungen ist auch der angeblichen Unvermeidlichkeit und Naturnotwendigkeit des Krieges das Urteil gesprochen. Denn auch der blutige Hader der Nationen besteht nur darum, weil die allgemein menschliche Solidarität noch nicht genügend erkannt und praktisch zur Geltung gekommen ist.

Wenn das bisher nicht der Fall war, wie uns die Gegenwart deutlich genug zeigt, wenn Religionsstifter und andere Erbkler an diesem Problem gescheitert sind, so ist das noch kein Beweis für die Behauptung, die Menschheit könne der gegenseitigen Vernichtung und Unterdrückung ebenmäßig entgegen wie Pflanze und Tier.

Es gibt zwar Leute, die der Meinung sind, auch diese niedere Wesen besäßen eine „Seele“ und für viele unterliegt es keinem Zweifel, daß manche Tiere nicht nur Instinkt haben, sondern verstandsmäßiger Ueberlegung fähig sind.

Das mag auf sich beruhen. Aber kann man sich vorstellen, daß ein Baum die Fähigkeit hat, auf den andern eine freiwillige Rücksicht zu nehmen?

Räht es sich denken, daß ein Fuchs aus solidarischer Ueberlegung heraus auf den Genuß eines Hühners verzichtet, um ihm in die Quere zu kommen?

Die Fragen aufwerfen, heißt schon den fundamentalen Unterschied zwischen Instinkt- und Gehirnwesen andeuten. Denn vermöge seiner verstandsmäßigen Ueberlegung übt der Mensch täglich und stündlich Rücksichten auf seinen Mitmenschen, die weder Pflanze noch Tier kennt und niemals kennen kann, und die doch auch dem Menschen häufig gegen seine egoistischen Instinkte gehen.

Das „denkende Tier“ — der Mensch — allein hat auch die Gabe, sich mit seinen Artgenossen restlos verständigen zu können.

Warum sollte ihm das, was ihm als Einzelwesen möglich ist, als Volk unmöglich sein? Warum sollte der „Kampf ums Dasein“ unter den Nationen nicht auch in friedliche Formen gelenkt werden können? ...

Auch hier wird doch hoffentlich das Wort Bebel anwendbar sein, daß diese Kämpfe „zu immer höherer Einsicht in das Wesen der menschlichen Gesellschaft und schließlich zur Erkenntnis der Gesetze, welche ihre Entwicklung beherrschen und bedingen“, führen. Und auch hier haben die Menschen es schließlich nur nötig, diese Erkenntnis praktisch zu verwerten.

Das ist leicht gesagt und schwer getan — wir wissen es. Hier ist buchstäblich eine ganze Welt von Hindernissen zu überwinden.

Über hatten wir, Gewerkschafter und Sozialisten, nicht schon längst begonnen, unsere Erkenntnisse vom Wesen der menschlichen Gesellschaft auch auf dem internationalen Gebiete in die Tat umzusetzen? Und haben wir, wenn nicht in politischer, so doch in wirtschaftlicher Hinsicht nicht auch praktische Erfolge erzielt, mögen sie zunächst auch noch bescheiden genannt werden?

Im „Kampf ums Dasein“ sind die Gewerkschaften unsere beste Waffe. Hier wird der rücksichtslose Egoismus des Einzelnen in die Solidarität der Masse umgewandelt. Indem diese Solidarität über nationale Grenzen hinwegzugreifen begann und auch den internationalen Konkurrenzkampf der Arbeiterschaft auszuschalten bemüht war, folgte sie der Erkenntnis vom Zusammenhang der Weltwirtschaft und trug so ihr Teil zu einer gegenseitigen friedlichen Verständigung bei. Die Notwendigkeit einer solchen Verständigung, auch auf anderen Gebieten, wird durch die gegenwärtige Weltkatastrophe wahrlich nicht verneint, sondern stärker betont als jemals.

Die Arbeiterschaft bringt unglückliche Opfer an Gut und Blut, um die Heimat vor den unmittelbaren Schrecken des Krieges, vor Mord, Raub und Zerstörung zu bewahren.

Aber sie wird niemals jener Religion des Hasses anhängen, die heute in vielen gedankelosen Köpfen die ehemals angebetete Religion der Liebe abgelöst hat. Wird sich niemals zu jener höchst unbelümmerten Sorte von Propheten bekennen, die sich in allen Ländern bemerkbar macht und uns eine ewige Feindseligkeit der Völker in Handel und Wandel in Aussicht stellt.

„Kriegspsychose“ — Kriegswahnwitz — nannte dies unverantwortliche Gebahren schon vor einigen Monaten die „Rölnische Zeitung“, ein Kapitalistenblatt. „Der Krieg hat“, so schrieb sie, „in der öffentlichen Meinung der Völker eine Weltesversoffung gezeitigt, die man in unserem Zeitalter der Internationalität und intellektuellen Aufklärung nicht für möglich gehalten hätte“. Man gewinnt den Eindruck, als ob Logik und gesunder Menschenverstand gänzlich aus dem Kriegsgebirgsvermögen ausgeschaltet seien“.

Das ist stellenweise leider sehr richtig und ein Grund mehr für uns, in dem brodelnden Chaos der Gegenwart den Kopf kühl zu behalten und ruhige Ueberlegung zu bewahren.

Möge die elementare Schöpfungskraft der Natur, die uns in diesen Opiertagen wieder ihre alten Wunder erleben läßt, dann den gepeinigten Völkern ein Beispiel sein und der Geist aufbauenden Schöpfers machtwort jene Solidarität zur Geltung bringen, deren die Menschheit bedarf, um glücklicher zu sein als bisher.

Das ist unser Osterwunsch und — trotz allem! — gleichzeitig unsere Waihsprung.

Mindeststundenzölme für Handnäherrinnen auf Sattlerarbeiten für die Heeresverwaltung.

Durch den Reichstari für das Lederarüstungsgewerbe sind die Aktordölme für Arbeiter und Arbeiterinnen gleichmäßig festgesetzt. Einem Teile der Unternehmer und fast allen Zwischenmeistern erschien der so von der Arbeiterinnen erzielte Verdienst zu hoch, weshalb sie vorgehen, Arbeiterinnen, die mit Nadel und Nihle nähren, in Zeilohn zu beschäfligen, wobei sie willkürlich die Löhne festsetzen und zwar möglichst niedrig, weil für solche Arbeiterinnen kein bestimmter Zeilohn im Reichstari festgesetzt war. Um einer größeren Ausbeutung der Arbeiterinnen zu steuern, haben auf Antrag des Sattler- und Portefeullerverbandes die an

Reichstari beteiligten Organisationen durch ihre Vertreter beschloffen: „Der Mindestlohn für Handnäherrinnen auf Sattlerarbeit (Nadel und Nihle) beträgt 33 Pfg. für die Stunde. Hierzu kommen die in Nr. 3 d des Tarifs festgesetzten Ortszuschläge sowie der Kriegszuschlag von 15 Proz. Dieser Beschluß tritt am 15. März 1918 in Kraft.“

Diesem Beschluß ist die Heeresverwaltung beigetreten und hat ersucht, für seine weitmöglichste Verbreitung Sorge zu tragen.

Zusolge dieses Beschlusses betragen die Mindeststundenzölme für Handnäherrinnen auf Sattlerarbeit:

In Groß-Berlin, Köln, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Hamburg-Altona, Kiel, München, Straßburg, Stuttgart, Wiesbaden 45,54 Pfg. pro Stunde; in Laaen, Barmen, Bielefeld, Braunschweig, Bremen, Breslau, Cassel, Danzig, Dortmund, Dresden, Duisburg, Elberfeld, Erfurt, Essen, Freiburg i. B., Hagen, Halle, Hanau, Hammouer, Karlsruhe, Kehl, Königsberg i. Pr., Krefeld, Leipzig, Magdeburg, Mainz, Mannheim, Mülheim-Ruhr, Nürnberg, Offenbach und Umgegend, Potsdam, Solingen und Wald, Stettin 43,60 Pfg. pro Stunde; in Baugen, Brandenburg a. d. Havel, Chemnitz, Darmstadt, Eisenach, Eisleben, Frankfurt a. O., Freiberg i. S., Görtz, Hameln, Hamn, Hildesheim, Kaiserlautern, Koblenz, Konstanz, Biegnitz, Münster i. W., Oldenburg, Osnabrück, Pirmasens, Posen, Rhena, Rostock, Straßburg, Ulm, Bieren 41,75 Pfg. pro Stunde; in Briesg, Ernleben, Fürstentum-Restehendorf, Glogau, Lengsfeld i. S., Rotisdorf, 39,85 Pfg. pro Stunde. In Orten die keiner Tarifklasse eingereiht sind beträgt der Mindeststundenzölme 33 Pfg. Den Handnäherrinnen auf Sattlerarbeit wird dringend angeraten, soweit sie auf Zeilohn beschäftigt sind, nicht unter den genannten Sätzen zu arbeiten und Verlöbte sofort der Gewerkschaftsleitung mitzuteilen.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Frauenarbeit.

Von Zeit zu Zeit wird in der Presse immer wieder aufs neue festgestellt, wie während des Krieges die Männerarbeit infolge der Einberufung der Männer zum Militär- und Kriegsdienst fortwährend weiter zurückgeht und gleichzeitig die Frauenarbeit zunimmt. Wenn der Krieg nicht bald zu Ende geht, wird die Zahl der Arbeiterinnen in Deutschland bald so groß sein wie die der Männer und dann in steigendem Maße das umgekehrte Verhältnis beginnen, die Zahl der Arbeiterinnen die steigende Mehrheit bilden. So hatten nach dem Reichs-Arbeitsblatt am 1. März 1918 die Krankenkassen 4 527 242 männliche und 3 879 469 weibliche Mitglieder und indem erstere stetig zurückgehen, die Arbeiterinnen aber eine Zunahme erfahren, geht es in schnellstem Tempo auf den völligen Zahlenausgleich der beiden Geschlechter und dann auf die fortschreitende Ueberfüllung des männlichen durch das weibliche Geschlecht zu.

So gewinnt also schon zahlenmäßig die Frauenarbeit eine wachsende große und überragende Bedeutung für die Volkswirtschaft. Vielleicht gibt es heute keine Berufsart mehr, in die nicht die Frauen in kleinerer oder größerer Zahl eingedrungen sind. Sie bilden so einen wichtigen Bestandteil aller Abteilungen der gesamten Volkswirtschaft, deren Aufrechterhaltung und Fortführung in dem notwendigen Umfange auf sie angewiesen ist. Auf sie angewiesen sind auch zahlreiche Familien als Ernährerinnen. Im Jahre 1907 wurden über 300 000 verheiratete Arbeiterinnen geschäftl. Würften es heute nicht 1/2 oder gar 2 Millionen sein? Handelte es sich aber in Friedenszeiten für die verheirateten Arbeiterinnen nur darum, durch ihre Lohnarbeit einen Beitrag an die Kosten des gemeinsamen Familienhaushaltes, wofür die Löhne der Männer allein nicht ausreichten, zu leisten, so müssen heute zahlreiche verheiratete Arbeiterinnen mit ihrem Lohn allein die Familie erhalten oder sie erhalten die Militärunterstützung, die viel kleiner ist als der Verdienst des Mannes war. So wurde in Stuttgart durch eine statistische Erhebung festgestellt, daß von 974 Kriegerfrauen mit 1691 Kindern die größere Hälfte mit 545 und 713 Kindern nur eine tägliche Unterstützung von 1,06 bis 2,10 M., 333 mit 687 Kindern bis 3,10 M., und nur 96 Frauen mit 291 Kindern darüber bis 5,83 M. erhielten. Davon mußten aber allein von 5 bis 10 M. im Minimum bis über 41 M. im Maximum monatlich für die Wohnung bezahlt werden.

Wie steht es nun mit den Löhnen der Arbeiterinnen? Aus zahlreichen Verhandlungen vor den Gewerbebehörden, worüber die Tages- und Fachpresse berichtete, ist bekannt, daß vielfach eine rücksichtslose Lohnrückerei betrieblen wird und Arbeiterinnen für fleißige und gute Arbeit Hungerlöhne bezahlt werden, so daß man von einem schamlosen Arbeitewucher reden kann. Unser Verb and s v o r s t a n d veranfaßt gegenwärtig, wie aus dem Fachblatt bekannt ist, eine Erhebung in den Zählstellen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen in den Schuhfabriken und über ihre Lohnverhältnisse und man darf auf die Ergebnisse sehr gespannt sein.

größte Interesse nahm und das mit einem Vermögensgewinn von 23 Millionen Mark für den Staat endete. Die bürgerlichen Parteien hatten erst die sozialdemokratischen Anträge bekämpft, waren dann aber ebenfalls für diese bedeutende Volksfrage eingetreten, als der Herzog selbst seine Bereitwilligkeit zu Entgegenkommen erklärt hatte.

Genosse Bod gehört seit 1900 dem „Rat der Ältesten“ der sozialdemokratischen Partei, der Kontrollkommission, an und ist seit 1913 deren Vorsitzender.

Gehört Bod 50 Jahre der politischen Arbeiterbewegung an, so auch der Gewerkschaftsbewegung, seitdem sie vorhanden ist. In der Geschichte der deutschen Schuhmachergewerkschaft ist seine bezügliche Tätigkeit bis 1904 dargestellt. In der Arbeiterpresse und zwar im Leipziger „Volksstaat“, erspielt sein Name als Gewerkschaftsagitor zum ersten Male im Jahre 1870, wo er in Erfurt in einer Schuhmacherversammlung referierte und eine Gewerkschaft („Mitgliedschaft der Internationalen Gewerkschaften“) gründete. Im Sommer 1873 kam der Vorort des Schuhmacherverbandes oder „Internationalen Gewerkschaften“ von Dresden nach Gotha, wo die Mitgliedschaft Bod als ersten Vorsitzenden wählte. In Rücksicht auf die reaktionären Vereinsgesetze und polizeiliche Verfolgung der Gewerkschaften wurde nach im gleichen Jahre dem Verbands der Name „Gewerkschaft der Schuhmacher“ gegeben. Sie zählte damals 22 Mitgliedschaften und 1000 Mitglieder, welche Zahlen bei der eifrigen Tätigkeit Bods innerhalb Jahresfrist sich verdoppelten. Dabei sagt er in einer autobiographischen Notiz, daß er nie in seinem Leben so viel Not gekannt, als in dem Jahre 1875 bis 1875, da er zuerst nur 30 Mk. und dann 60 Mk. monatlichen Gehalt hatte und nebenbei fast nichts durch andere Arbeit verdienen konnte. Für Agitations-touren bekam er das Fahrgehalt und 3 Mk. Tagesdiäten.

Mit Neujahr 1875 gab Bod den „Weder“ heraus, das erste Gewerkschaftsblatt der Schuhmacher Deutschlands und im gleichen Jahre konnte auf dem Schuhmachertag in Coburg unter der verständlichen Leitung Bods die Einigung der verschiedenen Richtungen der deutschen Schuhmacher in der Gewerkschaft herbeigeführt werden. Bod wurde als Vorsitzender und Redakteur bestatigt. Der Coburger Einigungstagskongress der Schuhmacher war ein gutes Vorbild für den sozialdemokratischen Einigungstagskongress in Gotha, der ebenfalls die Einigung brachte.

Die einheitliche deutsche Schuhmachergewerkschaft war in der besten Entwicklung begriffen, als 1878 das Sozialistengesetz kam und die schönen und verheißungsvollen Früchte jahrelanger Agitations- und Organisationsarbeit zerstörte. Schuhmacher-Gewerkschaft, Schuhmacher-Krankentasse und „Weder“ wurden verboten und da war es Bod, der unermüdet sofort wieder Ersatz schuf. An Stelle des „Weder“ gab er den „Schuhmacher“ heraus und an Stelle der Gewerkschaft gründete er Fachvereine, die 1883 zum Unter-stützungsverein deutscher Schuhmacher zusammengefaßt wurden, der heute noch im Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands weiterlebt. An Stelle des später ebenfalls verbotenen „Schuhmacher“ trat das ebenfalls heute noch bestehende „Schuhmacher-Fachblatt“.

So hat unser 70jähriges Geburtstagskind ein reiches Leben im Dienste der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung hinter sich, auf das es heute mit Freude und Stolz zurückblicken kann und über denen die unvermeidlichen Bitterkeiten des Lebens gerne vergessen werden können. Indem wir ihm zu seinem 70. Geburtstag unsere herzlichsten Glückwünsche aussprechen, möchten wir dem Genossen Bod zugleich noch eine Reihe weiterer glücklicher Lebensjahre in gesünder und körperlicher Gesundheit wünschen und ferner, daß es ihm gesündigt sein möge, noch einmal mit vollem Erfolg an der Einigung der durch den unglücklichen Krieg zerrissenen deutschen Sozialdemokratie mitzuwirken!

Die neuen Steuern.

Der Krieg mit seinen unheimlichen Milliardenkosten hat die Finanzverhältnisse aller Staaten, der kriegführenden und der neutralen, schwer erschüttert, und die dringende Notwendigkeit der ganz bedeutenden Vermehrung der Staatseinnahmen geschaffen. Alle Staaten, namentlich die Großstaaten, hatten schon vor dem Kriege schwere Milliarden-schulden, die auch Milliardensummen für die Verzinsung und Abbezahlung erforderten; alle diese Verhältnisse erschienen aber fast als ein Kinderpiel gegenüber den ungeheuren und märchenhaften Milliarden-schulden, die bisher der Krieg verursacht und die er mit jedem Tage seiner Fortdauer noch weiter erheblich vermehrt.

Ueber die Staatsschulden vor dem Kriege geben folgende Zahlen eine Uebersicht:

Jahr	Schulden-last in Millionen Mark	Jährl. Zinsen- u. Tilgungskast
Deutsches Reich	1913	5015
Bundesstaaten	1913	244
Britische Kolonien	1910	85
Österreich-Ungarn	1914	4983
Österreich	1914	6367
Ungarn	1913	5621
Türkei	1913	2838

Insgesamt ergibt sich also für die drei Kriegspartnern eine Schuldenlast von 40 499 Millionen Mark oder rund 40 1/2 Milliarden. Der Schuldendienst, d. h. die Zinslast und andere Verpflichtungen, stellt sich zusammen auf 1977 Millionen Mark oder auf nicht ganz 2 Milliarden, was

sich demgegenüber die Schuldenlast der anderen Staaten? Das ist aus der nachstehenden Uebersicht zu ersehen:

Jahr	Schulden-last in Millionen Mark	Jährl. Zinsen- u. Tilgungskast
Großbritannien	1914	14 464
Britische Kolonien	1911-14	21 850
Frankreich	1913	26 654
Franz. Kolonien	1911-13	885
Belgien	1914	3 467
Belgisch-Kongo	1912	230
Rußland	1914	19 055
Finnland	1913	142
Serbien	1913	530
Montenegro	1912	8
Italien	1913	12 269
Japan	1914	5 323
Korea	1914	118

Insgesamt stellt sich für die andere Seite der kriegführenden Länder die Schuldenlast auf 104 995 Millionen Mark oder auf mehr als 100 Milliarden. Der jährliche Schuldendienst beläuft sich auf 4229 Millionen Mark oder in Prozent der Schuldenlast für das Deutsche Reich, für Oesterreich-Ungarn und die Türkei insgesamt auf 4,88, während er für die Gesamtheit der Gegner 4,03 Proz. beträgt. „Die stärkere Quote des Schuldendienstes bei den erstgenannten drei Ländern ist in der Hauptsache auf die überaus starken Verpflichtungen der Türkei zurückzuführen, während viele der feindlichen Staaten infolge des Kapitalreichtums Englands und Frankreichs eine etwas günstigere Zinsquote erhalten. Dieser Unterschied ist aber für die Beurteilung der finanziellen Tragfähigkeit keineswegs ausschlaggebend. Für sie kommt hauptsächlich die gesamte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Spannkraft in Frage, und in dieser Beziehung steht ohne Ueberlegung Deutschland weit voraus, obenan, wie das ja allmählich selbst von seinen erbitterten Feinden immer anerkannt werden muß.“ So bemerkt ein Blatt dazu, das damit aber nicht klar ausgesprochen hat, was ist. Die übertragende finanzielle Leistungsfähigkeit Deutschlands beschränkt sich doch in der Hauptsache auf die unbekanntem Milliardenreichtümer der besitzenden Klassen, während die großen Massen des Volkes Proletariat sind wie in allen anderen Ländern auch.

In den Milliarden-schulden der Staaten vor dem Kriege sind nun die Milliardenanleihen während des Krieges gekommen. Bis Ende 1915 betragen die Kriegskosten der kriegführenden Länder:

	in Milliarden Mark
England	30,2
Frankreich	20,0
Deutschland	30
Oesterreich-Ungarn	20
Rußland	24,0
Italien	5,4
Belgien	4,0
Serbien	4,0
Montenegro	4,0
Türkei	5
Bulgarien	0,5
	139,1

Das sind meist nur Mindestzahlen, denn es sind noch nicht darunter die den Gemeinden usw. erwachsenen Kosten, Schadenersatzkosten, Wiederherstellungskosten, die nach dem Kriege entstehenden Kosten für Kriegspensionen und Witwen- und Waisenversorgung, Kosten für die Kriegsinvaliden und deren Familien, geschweige denn alle indirekten Nachteile, die der Krieg durch die Störung der Handelsbeziehungen von Land zu Land, durch die Vernichtung von Kapital und Arbeitskräften zur Folge hat.

Die Kriegskosten sind in weit überwiegendem Maße im Wege von kurz- und langfristigen Anleihen, sowie durch Ausgabe von Banknoten und Papiergeld, also durch Erhöhung der Staatsschulden gedeckt worden.

In seiner Etatsrede im Reichstage führte der Reichssekretär Dr. Helfferich aus, daß im Kriegsetat für 1916 Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld mit 2303 Millionen Mark stehen gegen 1286 Millionen Mark im Jahre 1915 und 240 Millionen Mark im Jahre 1914, für das ja noch ein Friedensetat aufgestellt worden war. Und dabei wird mit einer Mindereinnahme von 144 Millionen Mark, andererseits mit einer Mehrausgabe von 336 Millionen Mark gerechnet, so daß sich ein Fehlbetrag von 480 Millionen Mark ergibt.

Und darum nun neue Steuern — neue Steuern außer und neben der Kriegsgewinnsteuer, die für das Etatsjahr 1916 nicht in Betracht kommt, da sie erst 1917 erhoben werden wird. Ueber die Kriegsgewinnsteuer wird gesagt, daß der Name auf die geplante Steuer nicht ganz zutrifft. Es sollen nämlich nicht etwa nur die mit dem Kriege im Zusammenhang stehenden Gewinne steuerlich erfaßt werden, sondern ein jeder über 3000 Mk. hinausgehende Vermögenszuwachs, mit Ausnahme des durch Erbschaft und Schenkung eingetretenen. Eine gewisse Berechtigung zu einer so weit ausgreifenden Steuererhebung wird man insofern anerkennen müssen, als die, die selbst in so schwerer Zeit Ersparnisse anzusammeln und ihre Kapitalkraft zu steigern vermochten, ohne erhebliche eigene Schädigung zugunsten der Gesamtheit einen Teil der Vermögensmehrung abgeben können. Dieser Teil ist hoch bemessen, aber doch nicht so hoch, daß gleichsam die Triebfeder zu neuem Schaffen aus dem Mechanismus unserer Kriegswirtschaft ausgeschaltet wird. Erfreulicherweise soll davon abgesehen werden, einen Einheitssteuergesetz zu schaffen, sondern die Steuer wird stufelartig festgesetzt, je nach der Größe des Vermögenszuwachses. Noch wichtiger aber ist, daß bei

den Personen versucht wird, die weltlichen Kriegsgewinne stärker heranzuziehen als die normale Spararbeit. Um das zu erreichen, ist neben einer Art Grundgebühr ein Zuschlag vorgesehen. Wer, ohne Mehreinnahmen gegenüber den Friedensjahren erzielt zu haben, sein Vermögen vergrößern konnte, hat nur die Grundgebühr zu zahlen, die mit 5 Prozent des Zuwachses beginnt und bis auf 25 Prozent steigt. Ist die Kapitalvermehrung durch erhöhte Einnahmen erreicht worden, so greift der Zuschlag Platz, und zwar verdoppelt sich durch ihn die Steuerabgabe für den Teil des Vermögenszuwachses, der dem Einkommenszuwachs entspricht. Demnach würde jemand, der sich trotz niedriger gewordenen oder im Vergleich mit der Friedenszeit gleichgebliebenen Einkommens 10 000 Mk. erspart hat, 5 Prozent — 500 Mk. zu zahlen haben. Wer aber 10 000 Mk. mehr als in Friedenszeiten als Einkommen bezogen und diese 10 000 Mk. seinem Vermögen zugeführt hat, muß 10 Prozent — 1000 Mk. aufbringen. Als höchste Besteuerung überhaupt kommen für natürliche Personen 50 Prozent in Frage.

Im Reichstage erwähnte der Schatzsekretär Dr. Helfferich auch die Kriegsgewinnsteuern in England, die bis Ende 1916 2 1/2 Milliarden Mark ergeben haben werden. Der Reichsschatzsekretär anerkannte diese Steuersumme als eine sehr achtenswerte Leistung der englischen Steuerzahler, aber, meinte er, sie macht doch nur nicht ganz 7 Prozent über die Verzinsung der Kriegsschulden aus, die Ende März 34 Milliarden Mark überschritten haben. Demgegenüber erklärte der sozialdemokratische Abg. Keil im Reichstage, hätten wir so wie in England durch Kriegsteuern 7 Prozent der Kriegskosten aufgebracht, dann wäre unsere Kriegsschuldenlast heute etwa 3 1/2 Milliarden geringer. Wir verlangen Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit, die Steuervorschläge der Regierung aber bewegen sich in den alten ausgefahrenen Bahnen und ermangeln des großen einheitlichen Plans. Die Kriegsgewinnsteuer entspricht der Ueberzeugung des Volkes, daß in der Kriegszeit nicht eine Minderheit große Gewinne machen darf. Aber die Steuer ist viel zu zaghaft, was auch in bürgerlichen Kreisen anerkannt wird. Wollte der Schatzsekretär etwa einer Verschärfung dieser Steuer in den Weg treten, dann würde er die allerbitterste Stimmung im Volke erzeugen. Die für die Millionengewinne vorgeschlagenen Steuerfätze werden fast nie Anwendung finden; sie würden bei zehn Millionen Gewinn immer noch 5,2 Millionen übrig lassen. Bei 100 000 Mk. Kriegsgewinn werden nur 6,8 Prozent resp. 13,6 Prozent verbüßt. Das Volk wird aber nachprüfen, ob die Laten mit den patriotischen Worten übereinstimmen. Es spricht manches dafür, das Mehreinkommen voran zu stellen und den Vermögenszuwachs verschärfend hinzutreten zu lassen. Denn beim Voranstellen des Vermögenszuwachses wird es leicht sein, große Teile des Zuwachses der Besteuerung zu entziehen. Auch der Abschnitt, der von den Gesellschaften handelt, bedarf der gründlichen Nachprüfung. Er läuft auf eine ganz unverständliche Schonung der leistungsfähigen Betriebe hinaus. Daher hat der Entwurf denn auch in den Kreisen der Unternehmer, der Banken und Aktiengesellschaften ein befremdendes Aufsehen ausgelöst und die Börse hat mit einer Haufe auf seine Verhienlichung geantwortet. Aber das Volk in seinen breiten Schichten denkt anders darüber. Prüfen müssen wir auch, ob der Entwurf nicht gar zu agrarfreundlich gehalten ist. Gerade die Landwirtschaft hat in der Kriegszeit ganz gleichmäßig Vorteile erzielt und muß daher auch nach Maßgabe steuerlicher Berechtigung zur Kriegsgewinnsteuer herangezogen werden. Wir sind also mit der Absicht der Kriegsgewinnsteuer einverstanden, wir werden uns aber bemühen, an diese Steuer ganz andere Maßstäbe anzulegen als der Entwurf.

Das ist selbstverständlich und nur zu wünschen, daß diese Bemühungen erfolgreich sind. Nach den großen Rücklagen, die Aktiengesellschaften aus ihren glänzenden Millionengewinnen für die Kriegsgewinnsteuer gemacht haben, hatten sie selbst mit einem energischen Zugreifen des Reichsschatzsekretärs gerechnet und nun bereitet ihnen keine Zaghaftigkeit eine begreiflicherweise sehr angenehme Enttäuschung. Sie kann aber durch die Budgetkommission und den Reichstag wieder torrigiert werden. Gerade gegenüber den Millionengewinnen gilt buchstäblich das steuerpolitische Wort: „Man soll das Geld nehmen, wo es ist.“

(Schluß folgt.)

Aus unserem Beruf.

15 Prozent Lohnniedrigung hat auf Verlangen unserer dortigen Kollegen die Schuhmachertimmung Düsseldorf beschlossen.

Das millionste Paar Militärstiefel ließ das Bekleidungsamt des 15. Armeekorps in Straßburg i. E. kürzlich fertigen und zwar seit der Mobilmachung. Wie die Bürgerzeitung berichtet, hielt aus diesem Anlaß der technische Leiter Major Kreyher eine Ansprache, in der er daran erinnerte, wie rar eine Armee, die bis auf den bewußten Gamasenknoß tafschlich gerüstet ist, vorwärtskommen und den Sieg erringen kann. Für den Infanteristen aber ist der Stiefel fast so wichtig wie die Flinte. Daß der preussische Stiefel in diesem Feldzug wieder seine Wunder getan hat, davon wird die Kriegsgeschichte erzählen. Den Detonationswertern der Schuhmachertimmung wurde zur Feier des Tages eine Erfrischung geboten.

Ohne Kartoffeln keine Suppe! In einer Zeitung des Erzgebirges begegnete wir der folgenden europäischen Anzeige

